

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 37	Röln, den 10. September 1926.	Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellen- gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Dorotheenwall 9. Telephonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.	27. Jahrg.
--------	----------------------------------	---	------------

Der Jugend die Zukunft.

Noch niemals ist so sehr von der Jugend in bezug auf die Gestaltung der Zukunft die Rede gewesen, wie in der Zeit nach dem Kriege bis zur Stunde. Das ist an sich erklärlich und verständlich, weil der Krieg wirtschaftlich und politisch vollständig veränderte Verhältnisse zur Folge hatte. Bei der plötzlichen Umwälzung der Staatsform waren keine für die neuen Aufgaben vorbereiteten Staatsbürger vorhanden. Es fehlten uns die politischen Eigenschaften eines Volkes, das in der richtigen Weise die Staatsgewalt, die vom Volke ausgehen soll, hätte ausüben können. Daher entstand ein starkes Durcheinander im Staats- und Wirtschaftsleben. Die an sich stürmisch veranlagte Jugend wurde und wird daher von allen möglichen Volks- und Parteigruppen umworben, um den verschiedensten Richtungen politischer und wirtschaftlicher Art Handlangerdienste zu leisten.

Die allgemeine Not unserer Tage wird von gewisser Seite ganz besonders dazu benutzt, der Arbeiterjugend klar zu machen, daß die bisherige Gewerkschaftsarbeit Sisyphusarbeit, d. h. vergebliche Arbeit gewesen sei. Unverkennbar geht diese Argumentation von Leuten aus, denen der Aufstieg des Arbeiterstandes im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben stets ein Dorn im Auge war und noch ist. Die Arbeiterjugend wird daher in ganz besonderem Maße umworben, damit sie sich abwende von ihrer ureigensten Standesvertretung. Man kalkuliert und spekuliert vor allem auf die Unterbindung des gewerkschaftlichen Nachwuchses, weil man davon die Entkräftigung des Arbeiterinflusses erwartet. Besonders auffallend ist bei dieser Art der Jugendwerbung der fortwährende Hinweis auf die sogenannte gute alte Zeit. Gemeint ist damit die Vorkriegszeit mit der militaristischen Obrigkeitsherrschaft, in der der Arbeiterstand entrechtet und geknechtet als Lohnsklavengruppe galt, soweit er nicht durch eine entschiedene Selbsthilfsfähigkeit sich Ellenbogenfreiheit verschafft hat. Was in der sogenannten guten alten Zeit für den Arbeiter als annehmbar anzusehen war, haben sich die Arbeiter durch Kampfes- und Opfermut erringen müssen. Zweifellos ist die Grundlage für eine Arbeiterinteressen-Vertretung heute fester. Es kommt nur darauf an, daß der Gedanke der Solidarität und der Selbsthilfe bei den Arbeitern nicht erlahmt. Wer offenen Auges und unbeeinflusst von heftigen Reden und heftiger Literatur die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland betrachtet, der wird finden, daß wir uns zwar noch in sehr bedrückter Lage befinden, daß wir uns aber bereits aus einem furchtbaren Sumpfe herausgearbeitet haben. Darüber staunt die ganze Welt und auch wohl kein Volk der Welt würde uns das nachgemacht haben.

Ganz besonders wird zurzeit die Not der Jugend hervorgerufen und in versteckter und offener Weise macht man die Gewerkschaften für die Not der Jugend verantwortlich. Wer wollte die wirklich vorhandene, leibliche und geistige Not verkennen, die zurzeit auf unserer Arbeiterjugend infolge von Arbeitslosigkeit usw. lastet. Unentwegt haben die Gewerkschaften in Reich und Staat auf Linderung dieser Not gedrängt. Immer und immer wieder stoßen sie dabei auf die allergrößten Schwierigkeiten, weil, wie immer wieder von allen Seiten, von berufenen und unberufenen, von gelehrten und ungelehrten Leuten behauptet wird, die Wirtschaft eine höhere Belastung durch soziale Maßnahmen nicht ertragen könne. Zum großen Teil sind das dieselben Leute, die die große Not der Jugend in jedweder Weise hervorkehren, um Mißstimmung und Unmut zu erzeugen.

Wenn aber nun mal von der sogenannten guten alten Zeit geredet wird, wo „Stillgestanden!“ und „Richt euch!“ tonangebend war, so muß doch mal wieder mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß niemand aus dem Arbeiterstande, ob jung oder alt, diese Zeitverhältnisse herbeiwünschen kann.

Gab es in der sogenannten guten alten Zeit keine Not der Jugend? Vielleicht ist es angebracht, einmal darauf hinzuweisen, welche Lehrzeiten unsere Kollegen des Holzgewerbes, die heute in den fünfziger Jahren stehen, durchgemacht haben. Es war keine Seltenheit, daß der Schreinerlehrling von morgens 5 Uhr bis abends um 8 Uhr an der Hobelbank stehen und die allerschwerste Arbeit leisten mußte. Maschinen waren damals noch sehr selten. Und die Verpflegung, das Essen? Vor 8 Uhr morgens hatte die Frau Meisterin selten den Kaffee fertig und abends wurde solange gearbeitet, bis gleichfalls das Essen fertig war. Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen waren unbekannte Begriffe. Dagegen galt es, 30—50 cm breite Turniere mit der berühmten „Kloppsäge“ zu schneiden, feinschnitts bühnen Treppentufen abzurichten und sonstige furcht-

bar schwere Arbeit zu leisten. Ganz schweigen wollen wir vom Fortbildungsunterricht während der Arbeitszeit, von Ferien und dergleichen. Daran dachte niemand. Wenn ferner die jungen Gesellen noch in den neunziger Jahren einen Wochenlohn von 5—6 Mark bei Jogenannter halber Kost (d. h. morgens eine Tasse Kaffee mit einem halben Wasserwerk, schmales Mittag- und Abendessen) erhielten, dann waren das wirkliche Notzeiten der Jugend, die wir unter keinen Umständen zurückwünschen können.

Diese Notzeiten der Jugend sind beseitigt durch die Tatkraft der Gewerkschaften. Unser Verband — man lese seine Geschichte — hat großen Anteil an der Beseitigung dieser geradezu unerträglichen Zustände aus der sogenannten „guten alten Zeit“. Gewiß, gar manche Leute möchten gern diese Zeitverhältnisse wiederhaben, um in unbehinderter Ausbeutewillkür den Arbeiterstand, vor allem die jugendlichen Arbeiter auszunutzen zu können.

Mehr Sonne!

Kummer und Sorge, bedrückende Pein —
Lasset die Sonne ins Herz euch hinein!
Stets sich mit trüben Gedanken zu plagen
Lasset am Gotte des Lichtes verzagen,
Hält in dem Staube des Alltags zurück,
Nimmt auch den Glauben an künftiges Glück.
Freuet euch! Der Himmel erstrahlet so hold,
Schenket am Abend noch Sterne von Gold.

Kummer und Sorge, bedrückende Pein —
Lächelt wie Kinder ins Leben hinein!
Stets sich mit düsteren Bildern zu schlagen,
Lasset den Kampf nicht ums Dasein uns wagen,
Hält uns die Seele in qualender Haft,
Nimmt uns und tötet die Widerstandskraft.
Freuet euch, Freunde! Es mehrt sich der Mut,
Sonne im Herzen, und — alles ist gut.

Ludwig Jessing.

Fragen wir aber einmal, wer es war, der die Gewerkschaftsbewegung ins Leben rief, wer es war, der den Kampf frohgemut gegen die bestehenden, traurigen Verhältnisse aufnahm, wer es war, der gegen Polizeischikane, Arbeitgeberwillkür ankämpfte? Es war die Jugend, es waren die jugendlichen Arbeiter und Gesellen, es war Jugendbegeisterung, jugendlicher Opfermut und jugendliche Solidarität. Fast alle heute in vorderster Führerstellung unserer christlichen Gewerkschaften stehenden Kollegen waren in den Gründungsjahren 20—25jährige Gesellen, die in jugendlicher Begeisterung den furchtbaren Kampf um die Befreiung des Arbeiterstandes aus Sklavenherrschaft führten und unsere Bewegung ins Leben riefen. Sie haben wahrlich nicht umsonst gewirkt. Schritt für Schritt wurde eine Besserung der Lage des Arbeiterstandes erreicht. Schritt für Schritt wurde die überlange Arbeitszeit von 11 und 12 Stunden pro Tag herabgesetzt, so daß bis zu Beginn des Weltkrieges wir im Holzgewerbe bereits eine Arbeitszeit von 8½ Stunden errungen hatten. Auch ohne Revolution hätten wir bis 1918 die 8stündige Arbeitszeit erhalten. Der Arbeitslohn wurde in der Zeit von 1900 bis 1914 um fast das Doppelte gesteigert. An dieser Tatsache können die unglücklichen Kriegs- und Nachkriegsjahre nichts ändern. Und erst das Arbeitsrecht? Gar oft ist schon in unserm Verbandsorgan hervorgehoben worden, was auf diesem Gebiete erreicht wurde. Die jugendlichen Gewerkschaftler haben vor 27 Jahren kaum geglaubt, daß wir so etwas erreichen könnten, was zurzeit auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes uns heute zu Gebote steht.

Den Erfolg von heute verdanken wir der Jugendkraft, die vor 27 Jahren eingesetzt wurde. Die vorwärtstrebende Jugendkraft sucht man heute zu unterbinden durch Flaumachelei und Miasmahelei. Hiergegen gilt es Front zu machen seitens unserer heutigen Jugend. Unter Jugend verstehen wir nicht nur unsere Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren, sondern alle jugendlich fühlenden, strebsamen Lehrlinge und Gesellen, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, ob sie 14 oder 25 oder auch noch älter sind. Sie alle müssen mit

jugendlicher Begeisterung im gewerkschaftlichen Leben sich betätigen, genau wie vor 27 Jahren es Jugendkollegen waren, die unserm Verbands die Stosskraft verliehen haben. Die Arbeit unserer älteren Kollegen in Ehren, aber auf deren Vorbereiten auszuruhen oder andererseits auf sie zu schimpfen, ist für Jungmänner unwürdig. Helfend, fördernd einzugreifen, muß für unsere Jungkollegen Ehrensache sein. Besser sollen sie es machen, als die Alten, und wenn letztere ermüdet oder erlahmt nicht mehr das leisten können, was erforderlich ist, muß das junge Element arbeitsfähig und arbeitsfreudig in die Bresche springen.

Erfreulicherweise haben sich im letzten Jahre eine stattliche Anzahl von Jugendgruppen in unserm Verbands in den einzelnen Orten gebildet. Erfreulich ist auch die hier jutage getretene Jugendbegeisterung für unsere Gewerkschaftsidee. Mancherorts muß auf diesem Gebiete noch viel nachgeholt werden. Die Vorstände der einzelnen Zahlstellen müssen mit jungen aufwärtstrebenden Kollegen durchsetzt werden. Zur Arbeit der Vertrauensleute müssen sich möglichst viele Jungkollegen zur Verfügung stellen. Erstens haben diese jüngere Reihe zum Treppenbesteigen, und zweitens lernen sie dabei auch das Leben gründlich kennen, sie gewinnen an Lebenserfahrung. Neben Jugendbegeisterung für unsere Gewerkschafts Sache muß unsere Jugend den besonderen Wert auf größtmögliche Entfaltung der Geisteskraft legen. Unser Aufgabengebiet ist erwachsen, wir haben zurzeit in Staat und Gemeinde viel größeren Einfluß als früher, es wird von uns heute mehr verlangt. Daraus ergibt sich, daß an unsere geistigen Fähigkeiten heute viel größere Anforderungen gestellt werden, als früher. Schulung und Bildung sind zurzeit in ganz besonderem Maße vonnöten. Das gilt sowohl für den Beruf selbst in bezug auf gute Arbeitsleistung, nicht minder aber auch in bezug auf staatsbürgerliche Betätigung. Wir wollen und müssen den Beweis erbringen, daß wir als Arbeiter keine minderwertigen Menschen sind. Wer an diese unsere Arbeiterfähigkeit nicht glauben will, dem müssen wir diesen Glauben beibringen.

Die zukünftige Gestaltung unserer Arbeiterlebenslage hängt tatsächlich von der Einstellung, der Mitarbeit und dem Streben der Jugend ab. Daher erklärt sich auch die zurzeit so stark betriebene Umwerbung der Jugend seitens arbeiterfeindlicher Kreise. Sie möchten gar zu gerne den Aufstieg der Arbeiterschaft unterbinden und damit ihre Herrschaft und Vormundschaft über den Arbeiterstand wiedererlangen, den sie in der sogenannten guten alten Zeit hatten. Wir danken für diese sogenannte gute alte Zeit. Wir wollen für die neue Zeit Verhältnisse, die auch dem Arbeiterstande das Leben erträglich machen, wir wollen teilnehmen an den Errungenschaften der Kultur. Von niemanden lassen wir uns daran hindern.

In dem vollsten Bewußtsein unserer staatsbürgerlichen Verantwortung, im vollsten Bewußtsein unserer Pflichten gegenüber Staat und Volk muß unsere Gewerkschaftsjugend den Gedanken in sich aufnehmen und begeistert vertreten, daß nur durch Selbsthilfe, Gemeinschaftsgeist und Menschenliebe der Aufstieg des Arbeiterstandes ermöglicht wird. Wo irgendwo die Gewerkschaftstätigkeit eines älteren Kollegen erlahmt, müssen nicht nur ein, sondern mehrere Jugendkollegen einpringen.

Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.

Gewerkschaften, Rationalisierung und Wirtschaftskrise.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit mehr als einem halben Jahre in einem starken Umstellungsprozeß. Wenn wir vor gut zwei Jahren geglaubt haben, die Marktstabilisierung würde auch alsbald eine Stabilisierung der Gesamtwirtschaft mit sich bringen, so haben wir uns einer unheilvollen Selbsttäuschung hingegeben. Das verhältnismäßig schnelle Wiederanziehen der Erzeugung beruhte vielfach auf künstlichen Antrieben, sie war eine „Aufatmungskonjunktur“ und nicht nachhaltig. Auch die Nachfrage auf dem Warenmarkt war vielfach eine künstlich aufgetriebene und damit nicht stetige. So war die Wirtschaft der Jahre 1924/25 nicht eine gesunde, sondern eine solche der Illusionen. Genährt wurden diese allerdings durch die Vorstellung, daß wir uns in Grundlage und Ziel wieder umstellen dürften auf das Jahr 1914, was unmöglich ist. Wir leben in einer neuen Zeit und Wirtschaft. Heute wissen wir, daß unser Erzeugungs- und Verteilungsapparat zu groß ist im Verhältnis zu Betriebskapital und Kaufkraft. Die viel genannte Rationalisierung bedeutet daher nichts anderes als die Un-

passung des Wirtschaftsapparates an die Absatzmöglichkeiten.

Bei dieser Rationalisierung wollen die Gewerkschaften dabei sein. Sie verhehlen ihren Mitgliedern nicht, daß die Arbeitnehmer die Kosten dieser Rationalisierung in Gestalt einer wenigstens vorübergehend starken Arbeitslosigkeit wesentlich mit zu tragen haben.

Man muß sich jedoch klar darüber sein, daß über den Wert und die Bedeutung dieser Wirtschaftsdemokratie innerhalb der freien Gewerkschaften durchaus keine einheitliche Meinung herrscht. Vielmehr gibt es hier drei Auffassungen. Wir haben hier zunächst jene mehr politisch eingestellten Gewerkschaftskreise, die von dieser Wirtschaftsdemokratie eine Vereinträchtigung des parteipolitischen Sozialismus und seiner Theorien (Zusammenbruch, Klassenkampf) befürchten und ihr deshalb pessimistisch gegenüberstehen.

Ein zweites, was die Gewerkschaften heute wieder stärker auf den Plan rufft, liegt nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft. Gegenwärtig besteht schon starker Facharbeitermangel. Dabei besteht alle Aussicht, daß er in Zukunft noch viel schlimmer wird.

unterstreichen mit den Hinweisen: „Die Unternehmer sehen dieser Periode mit einiger Angst entgegen, sie glauben, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit riesenstark werden könnten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde fördern sie die Rationalisierung, um den lebendigen Menschen im Produktionsprozess möglichst auszuschalten.“

Auf alle Fälle verdient aber festgehalten zu werden, daß die Gewerkschaften aller Richtungen heute ihre Arsenale durchsehen und prüfen, welche Aufgaben ihnen aus den Umstellungen der nationalen und internationalen Wirtschaft für die Zukunft erwachsen. Die sozialistischen Gewerkschaften haben das letzthin in Breslau getan.

Umgekehrt müssen die Unternehmer für eine berechtigte Wirtschaftsdemokratie Verständnis zeigen. Dann wird man hoffen können, daß in der Abwicklung der Wirtschaftskrise die Gewerkschaften eine ersprießliche Mitwirkung entfalten und diese zum Heile der Allgemeinheit mit verkürzen helfen.

Plutokratie.

Von Dr. Scheuble.

Plutokratie heißt Herrschaft des Reichtums. Die praktische Lebensanschauung, von der die Plutokratie sich leiten läßt, hat Heinrich Heine in den Worten ausgedrückt:

... „Wenn du aber gar nichts hast, Ach, dann lasse dich begraben. Denn, ein Recht zu leben, Lump, Haben nur, die etwas haben.“

Wo Plutokratie herrscht, begegnen wir Massenarmut bei gewaltigem Reichtum, ungenügender Befriedigung der primitivsten Lebensbedürfnisse auf der einen, maßloser Verschwendung auf der andern Seite. So war der wirtschaftlich-soziale Zustand des Römischen Reiches, ehe es unterging.

Wir im gegenwärtigen Deutschland freuen uns über den Wiederaufstieg nach der schweren Niederlage im Krieg und der völligen Zerrüttung der inneren Verhältnisse durch die Inflation. Allzu wenig wird dabei beachtet, daß wir uns in der Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse

auf einem Wege befinden, der dem deutschen Volk nicht zum Heile gereichen wird.

Es ist bereits eine Plutokratie entstanden und sie greift immer mächtiger um sich. Goliathkonzerne haben sich gebildet, das Kapital ballt sich riesenhaft zusammen, alles wird vertrustet und kartelliert. Und immer noch ist die öffentliche Diskussion mit formalpolitischen und Weltanschauungsfragen erfüllt, die Schlagwörter der Rufer im Streite streifen kaum die wirklichen Probleme der Zeit.

... „Sie sehen also, meine Herren, die Herren Vorsig und Egels, die großen Industriellen überhaupt, — die sind ein Stück Verfassung —“

... „Sie sehen also, meine Herren, die Bankiers Mendelssohn, Schickler, die Börse überhaupt — das ist ein Stück Verfassung.“

... „Wir haben jetzt also gesehen, meine Herren, was die Verfassung eines Landes ist; nämlich: die in einem Lande bestehenden tatsächlichen Machtverhältnisse.“

Und darin hat Gollalle unbedingt recht: auf die tatsächliche Verfassung, auf die bestehenden Machtverhältnisse, kommt es an. Die geschriebene Verfassung, um die man sich in der inneren Politik leider fast ausschließlich balgt, spielt daneben eine sehr untergeordnete Rolle.

Auf der Seite des Reichtums bestand gegen die gegenwärtige formale Verfassung des Deutschen Reiches heftige Feindschaft. Sie ist zum Verdruss der beoorrechteten Kaufmänner des alten Systems in den letzten Jahren stark abgestaut. Ohne Stern am Busen läßt sich schließlich ganz gut leben, wenn man sonst dick verdient. Und siehe da! Wenn man ursprünglich befürchtete, die neue Staatsform würde den sozialen Ausgleich nicht nur fördern, sondern durchsetzen, so sah man sich angenehm enttäuscht. Die Kosten des verlorenen Krieges und der Inflation trugen und tragen die Massen, sei es, daß ihre Ersparnisse zum Teufel gingen, während der große Reichtum sich immerhin zu retten mußte, sei es, daß sie in den folgenden Wirtschaftskrisen auf die Straße geworfen wurden.

Man soll sich darüber nicht täuschen: es wird in Zukunft noch viel hitziger zugehen. Die Plutokratie ist sich ihrer Macht bewußt, sie wird davon jeden Gebrauch machen und danach trachten, die Alleinherrschaft zu erringen. Der Kampf wird sich auf politischem Gebiet abspielen, denn auf wirtschaftlichem Gebiet ist er vorläufig entschieden zugunsten des zusammengeballten Reichtums. Kein Streik wird heute der Plutokratie sehr gefährlich werden können, ihre Reserven sind unergleichlich größer als die der Arbeiterschaft.

Auf politischem Gebiete sind Möglichkeiten vorhanden, die Plutokratie zur Achtung vor dem Gemeinwohl zu zwingen. Sehr große Erfolgsaussichten aber bestehen, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen, auch da nicht. Denn die Möglichkeiten werden nicht genützt. Sie waren in den vergangenen Jahren größer als heute, und man hat nichts daraus zu machen verstanden. Man wird sich in Zukunft kaum

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Währungsverfalls in Kontinentaleuropa nach dem Kriege.

(Fortsetzung.)

Wir haben das letztemal die Ursache des kontinental-europäischen Uebernormalbedarfs in Verbindung mit der Kapitalabwanderung und der Aufnahmepotentialität, vorzüglich vom Ausland zu teuer gegebener Kredite als eine Gruppe von Ursachenverknüpfungen zu charakterisieren versucht, die in Wechselwirkung mit der in Deutschland generellen Verkürzung der Arbeitszeit sowie dem Verlust wichtiger Arbeitszentren und der übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrag, einen hervorragenden Anteil an der Passivität der deutschen Handelsbilanz vor dem Währungsverfall genommen haben.

An und für sich kann der Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr eine volkswirtschaftlich doppelseitig zu beurteilende Erscheinung sein. Ein Einfuhrüberschuß braucht durchaus nicht immer der Maßstab für eine ungünstige Beurteilung der Wirtschaftslage eines Volkes zu sein. Es kommt vor allem darauf an: worin dieser Ueberfluß besteht. Liegt ihm z. B. ein besonders stark vermehrter Bedarf an Rohstoffen, Halbfabrikaten oder sonstigen der Produktion dienenden Einfuhrgütern zugrunde, also der Bedarf an solchen Gütern, die nach einer gewissen Veredelungsperiode wieder zur Ausfuhr gelangen und damit als wertvollere Aktivposten in der Bilanz erscheinen, so ist der Passivzustand der Handelsbilanz anders zu beurteilen, als wenn es sich um die Mehreinfuhr reiner Verbrauchsgüter handelt. Das ist die zweite Seite der Handelsbilanz. Und gerade hier klingt der kontinental-europäische und speziell deutsche Uebernormalbedarf an. Gewiß, das Einfuhrbedürfnis bezog sich zu einem großen Teil auf die Wiederherstellung einer normalen Rohstoffbasis und zur Restauration der Industrien. Aber: Die Proportionen von inländischem Eigenverbrauch und der Umwandlung für den auswärtigen Handel war überwiegend zugunsten der ersteren Zweckbestimmung verschoben, so daß auch hier als Ergebnis der mangelnden Arbeitsmöglichkeit infolge des Verlustes der eigenen Kapitalbasis, der zu teuren

ausländischen Kredite und der systematischen Unterbindung des Wiedereintritts der deutschen Volkswirtschaft in den Weltmarkt kein Gleichgewicht erzielt werden konnte. Der Schwerpunkt der Einfuhr lag in den Konsumgütern, die für das Inland bestimmt waren. Konsumkredite waren in der Mehrzahl aller Fälle die Anleihen im Ausland. Kredite, die also in der späteren Ausfuhrbilanz Deutschlands nicht als „Produktionsfaktor“ zum Ausdruck kommen konnten. Damit war auch die volkswirtschaftliche Zahlungsbilanz passiv. Dazu kam, daß es ihm an den Voraussetzungen fehlte, um aus eigener Kraft diesen Zustand beenden zu können, daß es mehr aus sich herausgezogen hatte, als es unbeschadet des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges abgeben durfte. Denn auch eine Abgabe muß sich organisch in das Ganze einpassen, wenn der Fortbestand der Volkswirtschaft gewährleistet bleiben soll. Diese Notwendigkeit ist jedoch nur äußerst mangelhaft berücksichtigt worden. Und ich glaube sogar nicht fehlzugehen, wenn ich in dieser Erscheinung abermals einen Zug der unsichtbaren Wirtschaftsdiplomatie erblicke, eines Netzes feinsten Fäden, das Kontinentaleuropa an das Transoceanien „Amerika“ bindet. Wir dürfen nicht vergessen: Als der Krieg beendet war, lag Centraleuropa wirtschaftlich noch nicht am Boden. Diese Aufgabe war noch erst zu erfüllen. Aber mit seinen gewaltigen Wirtschaftsvorräten hatte gerade Amerika eine unabirrbar treffliche Waffe in der Hand. Hiermit konnte es den Uebernormalbedarf Kontinentaleuropas gegen dasselbe wenden, konnte es im Rahmen einer geschickten Abgabebelastung und wohlüberdachten Kreditgewährung Centraleuropa mit Konsumgütern überschütten und so zwei Vorteile auf einmal genießen: Die Wirtschaft seines Gegners an den Ruin zu bringen, deren Erholung zu verhindern und seine eigenen Ueberflüsse zu höchsten Preisen auf einem aufnahmehungrigen Markt unterzubringen. Verfaumt worden aber ist in dieser so klar erscheinenden Wirtschaftspolitik darauf zu achten, daß der Schwebepunkt zwischen Niedergekämpftsein, langsamer Kräftigung bis zur Aufnahmefähigkeit der transoceanischen Ueberflussesproduktion und zeitweilig erzwungener Drosselung — nicht in den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Gegners wecheln. Dann könnte der Gegner selbst zur Gefahr werden. Und gerade dieses Verfaumnis hat den Ausschlag zu dem von Uebersee bestimmt nicht beabsichtigten Wirtschaftszusammenbruch und

Währungsabgang gegeben, dessen erstes Zeichen das un-natürliche Anschwellen der Passivseite der Handelsbilanz bei niedergehender Arbeit war.

Sind aber in einem Land beide volkswirtschaftliche Bilanzen passiv, so heißt das, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Wirtschaftskraft des betreffenden Landes nicht dazu ausgereicht hat, die Bedürfnisse seiner Volkswirtschaft zu befriedigen, so daß ein durch volkswirtschaftliche Arbeit ungedeckter Einfuhrüberschuß zur Befriedigung desselben notwendig wurde. Auf Grund ganz besonderer Voraussetzungen kann auch ein solcher Zustand in normalen Zeiten vorkommen; z. B. dann, wenn ein Land vorübergehend große Aufwendungen für seinen inneren Ausbau macht. Die vom Ausland zur Unterstützung der eigenen — „entliehene Arbeit“ ist dann eben ein Arbeitskredit, der durch entsprechende spätere Mehrarbeit und durch Hintanstellung weniger dringender Bedürfnisse langsam wieder abgedeckt wird. Das Wesentliche aber ist: Die Gesamtleistung des Volkes ist nicht geringer geworden und die vorübergehende Passivität der Handelsbilanz diente der Stärkung der zukünftigen Wirtschaftskraft. Unter den nachkriegszeitlichen Umständen traf diese Voraussetzung für den deutschen Währungsverfall und Wirtschaftszusammenbruch jedoch nicht zu. Hier wurde die Wirtschaftskraft selbst unterbunden. Wurde nicht nur die volkswirtschaftliche Arbeitsleistung als Produkt der zeitweiligen Unmöglichkeit der deutschen Industrien mit der Einfuhr des Auslandes zu konkurrieren usw. auf einen Bruchteil der volkswirtschaftlichen notwendigen Arbeit reduziert, sondern auch die Arbeitsmöglichkeit selbst durch die gesunkene Kaufkraft der Volkswirtschaft und die Zernichtung von der Weltwirtschaft, auf ein durchaus unzureichendes Maß herabgedrückt. Diese Depression entstammte also nicht der Ueberpannung der Kräfte zum Wirtschaftsaufbau, sondern war das Ergebnis der Zurückhaltung einer ganzen Volkswirtschaft von ihrer lebenswichtigen Wirtschaftsarbeit. Kraft Machtpolitik! Auch das wollen sie festhalten.

Stündert man aber für längere Zeit ein Land daran, diejenige Arbeit zu leisten, deren es zu seinem Weiterbestehen unumgänglich bedarf, so muß es niedergehen — ob es will oder nicht. Dann ist es für den Erfolg ganz gleichgültig, ob es seine unzureichende Restarbeit in acht-, zehn- oder vierund-

leichter verständigen. Je klarer die tatsächlichen Machtverhältnisse sich abzeichnen, desto heftiger wird man in Deutschland gegen — Weltanschauungen in Schlagwörtern kämpfen.

In Fragen der Weltanschauung sind die Vertreter der plutokratischen Interessen aber große Meister. Den ängstlichen Bürger lassen sie, sei Gegenstand der Diskussion, was mag: Fürstenabfindung, Schutzoll, Steuerfragen, Völkerbund, Justizskandale, Handelsverträge, Dawesplan usw., im Hintergrunde stets den gott- und vaterlosen, struppigen Bolschewismus sehen. Der ruhige Bürger bekreuzigt sich und dankt Gott, daß er die rechte Gesinnung hat. Würde er endlich einsehen, daß die zur Schau getragene Weltanschauung gar nicht echt, sondern Demagogie ist (und es ist gar nicht so schwer, das einzusehen, hält man sich nur an das Bibelwort: „an den Früchten werdet ihr sie erkennen“), so wäre es um die bestimmende Macht der Plutokratie geschehen. Der Umstand aber, daß die Gegenseite, soweit sie als große politische Partei in den Kampf tritt, in genau der gleichen Weise verfährt und sich demagogisch in ihren Weltanschauungs-Schlagwörtern austobt, die den Gefühlen der Mehrheit als verwerflich erscheinen, dieser Umstand verhindert die Erkenntnis von der annähernd richtigen Lage der Dinge und verhindert das Handeln, das die Zeichen der Zeit gebieten. Es wäre fast ein Wunder, wenn es doch gelänge, ein Zusammengehen der wirklich sozial und national Gesinnten, die das Volkswohl vor Sonderinteressen stellen, zu erreichen.

Amerikanisierung, so hat es immer geheissen, könne für die deutschen Verhältnisse nicht in Frage kommen, weil die Lebensbedingungen der deutschen Wirtschaft ganz andere seien. Hat man nicht amerikanisiert? Und wie man es getan hat! Auf der Seite der Bildung von Riesenkonzernen und ungeheurer Kapitalkonzentration fehlt wirklich nichts. Da aber, wo der Amerikaner geneigt ist, von den Vorteilen seines Systems auch andern, der Arbeiterschaft und den Verbrauchern, etwas zugute kommen zu lassen, da ist bei uns die Amerikanisierung unmöglich. Von einer Verpflichtung des Reichtums gegenüber der Gesamtheit will man nichts wissen; die Idee Fords, daß industrielle Produktion Dienst an der Allgemeinheit sein soll, tut man als Narrheit ab. Und doch ist die Forderung Fords nur aufgeklärter Egoismus, der sich auf die Dauer im Leben allein bewährt, während die Haltung der deutschen Plutokratie grober Egoismus ist, für das Volk verhängnisvoll und schließlich auch für sie selber.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 5. bis 11. Sept. 1926 der 37. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Abresenänderung. Das Bureau der Gauleitung und Ortsverwaltung Berlin befindet sich jetzt Berlin SW 19, Beuthstraße 6.

Gewerkschaftliches.

Gesamtvorstandssitzung unseres Verbandes.

Am 29. und 30. August war der Gesamtvorstand unseres Verbandes mit den Gauleitern zu der jeweils im Herbst

stattfindenden, großen Vorstandssitzung in Königswinter versammelt. Eine reichhaltige Tagesordnung bot Gelegenheit, sich über die verschiedensten Verbandsangelegenheiten auszusprechen und Maßnahmen zu beraten, die der weiteren Entwicklung des Verbandes dienlich sein sollen.

Zu Beginn der Tagung wurde von unserem Verbandsvorsitzenden, Kollegen Kurt Schmidt, ein eingehender Bericht erstattet über den Stand des Verbandes im ersten Halbjahr 1926. Die furchtbare Wirtschaftskrise hat besonders im ersten Vierteljahr die finanzielle Entwicklung ungünstig beeinflusst. Auf der einen Seite fielen die Beiträge der von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen aus, und auf der anderen Seite mußten an die Arbeitslosen große Summen an Unterstützung gezahlt werden. Dieser Umstand war es auch, der den engeren Vorstand veranlaßte, unter Zuziehung einer Anzahl Fachstellenvertreter, im März dieses Jahres den Beschluß einer allgemeinen Beitragserhöhung um mindestens 20 Pfennig zu fassen, und diesen Beschluß auch durchzuführen. Die voraussichtliche Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens wird auch in der Zukunft nur eine langsame Besserung der Verhältnisse bringen. Aus diesem Grunde war die Verbandsleitung gezwungen, nach den verschiedensten Seiten hin Sparmaßnahmen zu treffen, um auch diese Wirtschaftskrise gut zu überstehen. Vom Gesamtvorstand wurden die Maßnahmen der Verbandsleitung gutgeheißen und der dringende Wunsch ausgesprochen, in bezug auf Beitragsleistung auch allgemein den jetzt geltenden Maßstab zur Anwendung zu bringen. Die gewerkschaftliche Selbsthilfe kann auch dort, wo die Höhe des Lohnes noch durchaus unbefriedigend ist, nicht so verstanden werden, daß man sich an einer angemessenen Beitragsleistung vorbeidriückt, im Vertrauen darauf, daß anderswo so viel gezahlt wird, um den Verband und seine Einrichtungen erhalten zu können.

Ein besonderer Punkt bildete auch die Behandlung der Frage der freiwilligen Mitarbeiter. Es wird in der Nachkriegszeit besonders darüber geklagt, daß die Gewerkschaften nicht mehr in gleichem Maße über freiwillige Mitarbeiter verfügen könnten, wie dies in früherer Zeit der Fall gewesen sei. Dadurch, daß der größte Teil der Gewerkschaftsarbeit von Gewerkschaftsbeamten erledigt werden muß, tritt vielfach der Gedanke der gewerkschaftlichen Selbsthilfe in den Hintergrund. Mit-dabei-sein, das muß heute für jeden christlich organisierten Holzarbeiter wieder als Parole für die Gewerkschaftsarbeit zur Geltung kommen.

In eingehender Weise wurde die Jugendarbeit im Verbandsverband behandelt. Die Arbeiterschaft darf nicht ruhig zusehen, wie unsere Jugend von den verschiedensten Seiten auf Wege geführt wird, die sie sehr bald als Abwege erweisen werden; wir müssen uns darum der Holzarbeiterjugend annehmen und für deren Gewinnung unsere letzte Kraft einsetzen.

Unsere Herbst- und Winterarbeit wird darauf eingestellt sein müssen, den in der Arbeiterschaft vorhandenen Pessimismus zu bekämpfen. Durch zähe, zielbewusste Kleinarbeit wird es möglich sein, auch die gegenwärtig abseits stehenden Kollegen davon zu überzeugen, daß die Hebung eines Standes nicht dadurch erreicht wird, daß man mit beiden Händen in den Hosentaschen abseits steht und zusieht, wie andere sich abmühen, und wenn deren Arbeit infolge unzureichender Kräfte ohne Erfolg bleibt, sich in höhnischer Weise über die Zwecklosigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit auszulassen. Der Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit hängt eben in stärkstem Maße davon ab,

ob die Arbeiterschaft selbst gewillt ist, mitzutun, wo es gilt, den eigenen Stand vorwärts und aufwärts zu bringen.

Zur Frage des Beitrags- und Unterstützungswezens im Verbandsverbande sind seit der im Frühjahr durchgeführten Beitragserhöhung wiederholt Anträge an den Verbandsvorstand gekommen, die den Abbau der sozialen Unterstützungen verlangen. Diesen Anträgen konnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprochen werden.

Den Schluß der arbeitsreichen Tagung bildete ein Vortrag des Kollegen Stegerwald über „Führung und Aufstieg der Arbeiterschaft“.

Im Anschluß an die Vorstandssitzung fand eine einfache Feier statt zur Ehrung unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Kurt Schmidt. Kollege Kurt Schmidt konnte am 1. September 1926 auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes zurückblicken. Am Vormittag nahmen die katholischen Mitglieder der Tagung an einem Gottesdienst in der Hauskapelle des Erholungsheimes „Unser Haus“ teil. Prälat Dr. Müller, von den katholischen Arbeitervereinen, predigte im Anschluß an die von ihm gelebrierte hl. Messe über die religiös-sittliche Grundlage des Strebens der christlichen Arbeiterschaft, den Wert des Gottes- und Christusglaubens, insbesondere über die Bedeutung des Christentums für den Gewerkschaftsführer.

In einer besonderen Festsetzung wurde von verschiedenen Kollegen des Verbandes die Verdienste des Kollegen Kurt Schmidt gewürdigt, und der herzlichste Dank für die vorbildliche Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung und hier besonders im Dienste der Holzarbeiter ausgesprochen. Mit dem Wunsche des persönlichen Wohlergehens für die Zukunft wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß uns Kollege Kurt Schmidt als Verbandsvorsitzender noch recht lange Jahre erhalten bleibe. Von den anwesenden Gästen sprach Kollege Stegerwald für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Prälat Dr. Müller für die katholischen Arbeitervereine und Generalpräses Hürth für die katholischen Gesellenvereine dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche aus. Dr. Müller betonte ganz besonders, daß die volle Hingabe des Jubilars an die christliche Arbeiterbewegung, und die Solidität seiner Grundsätze es durchaus berechtigt erscheinen lassen, unseren Verbandsvorsitzenden als das Ideal und Vorbild eines christlichen Gewerkschaftssekretärs zu kennzeichnen. Es entspricht der Einstellung unseres Kollegen Kurt Schmidt, wenn er in seinen Dankesworten für die dargebrachten Glückwünsche darauf hinwies, daß er die geleistete Arbeit nur als Pflichterfüllung betrachtet habe.

Der Verlauf der Vorstandssitzung war ein Beweis für die einheitliche Einstellung unserer in führenden Stellen tätigen Kollegen und die Ehrung unseres Verbandsvorsitzenden, wenn sie auch in schlichter und einfacher Weise geschehen ist, oder vielleicht gerade deswegen, ein Beweis dafür, daß Unbunk doch nicht immer der Welt Lohn ist.

■ **Gegen die Fabrikarbeit der verheirateten Frau.** Auf der Jubiläumstagung des christlichen Textilarbeiterverbandes wurde nach einem Vortrage des Herrn Prof. Dr. Theodor Brauer ein Aufruf an das gesamte deutsche Volk gerichtet, der sich in eindringlichen Worten gegen die Fabrikarbeit der verheirateten Frau richtet. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Aufruf

Der Jubiläumskongreß des christlichen Textilarbeiterverbandes vom 28. und 29. August 1926 zu Aachen ruft auf zum

zwanzigstündiger Arbeitszeit aufarbeitet. Der Zustand ist auch bei aller aufgewandten Energie unhaltbar. Es kann dann eben das notwendige „Mehr“ nicht schaffen. Und wenn in der Privatwirtschaft die Behauptung vertreten wird, daß Mehrarbeit bei geringerem Lohn und längerer Arbeitszeit sowohl zur Verbilligung der Preise, wie zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit zur Heranziehung neuer Arbeit führen werde, so erscheint dieses Argument durchaus logisch aufgebaut. Aber: es wird dabei vergessen, daß die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt proportional dem Sinken des Arbeitspreises, der sich sofort auf die übrigen Gehälter sowohl der privat- wie öffentlich Angestellten auswirkt, abfällt und rückwirkend auf die Landwirtschaft, die übrigen Gewerbe und die Industrie zurückspringt. Denn es gibt auch eine untere Grenze, unter die die Kaufkraft des Inlandsmarktes nicht sinken darf. Sonst fällt er aus, und damit der ursprüngliche Großabnehmer der Industrien. Haben wir in der Inflation nicht bereits ähnliches gehabt. Erstens kann kein Volk, das den größten Krieg aller Zeiten verloren hat, auf die Dauer die ganze Welt auf Kosten seines Inlands unterbieten. Das ist Raubbau an seiner eigenen Volkswirtschaft, wie es ein Ausverkauf an das Ausland ist. Und zweitens werden diejenigen Ueberflüsse, die vordem das Inlandsgeschäft ergänzen sollten, jetzt, wo der Inlandsmarkt gleichsam ausfallen muß, das einzige Plus der Ausfuhrindustrien sein. Ob aber heute schon die Lieferung an das Ausland einen Inlandsmarkt ersetzen kann, das ist fraglich. In jedem Falle widerspricht diese Auffassung über den Aufgaben der Industrie im Zusammenhang mit der übrigen Volkswirtschaft.

Niemals war es Zweck der Volkswirtschaft, daß ein volkswirtschaftliches Gewerbe seine Existenz auf Kosten des Inlands zugunsten des Auslandes begründe, „Salus rei publicae suprema lex“ — (Das Wohl des Volkes ist das oberste Gebot), das ist der letzte Grundsatz aller Volkswirtschaft. Und kann ein Volk, das vier Jahre seine besten Kräfte geopfert hat, nun so seine breiten Massen kurz vor dem Existenzminimum angekommen sind, nicht mehr diejenigen Bedürfnisse sich zu befriedigen leisten, die vordem die Grundlage der Blüte seiner Industrien waren, so haben eben diese Industrien in ihrem früheren Ausmaß keine volkswirtschaftliche Berechtigung mehr. Andere Ursachen — andere Wirkungen. Und weil

in der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege die Arbeitsmöglichkeit ganz unverhältnismäßig gering war, weil der Bedarf übergroß, der Ausgleich zwischen beiden infolge ungezügelter Wechselwirkungen unauffindbar war — deshalb mußte die Volkswirtschaft niedergehen. Der Währungsverfall ist hier also nicht Ursache, sondern Wirkung!

Gehen wir noch einen Schritt weiter. Die Entwicklung hat gelehrt, daß die Art und Menge derjenigen Arbeit, die eine Volkswirtschaft zu leisten imstande ist, von bestimmten Voraussetzungen abhängt. Sie läßt sich weder für einen längeren Zeitraum beliebig vermehren noch ändern. Ja, die Nachkriegsentwicklung hat erneut die Erkenntnis gebracht, daß sie sich nicht einmal auf einem bestimmten Festmaß erhalten läßt. Nur eine Volkswirtschaft, die fernab der Befriedigung ihrer Bedürfnisse (also auch ihres Bedürfnisses nach Arbeit) von dem Angewiesensein auf die Anteilnahme an der Weltwirtschaft steht, in einer Volkswirtschaft, in welcher die Industrien nahezu ausschließlich die Bedürfnisse des Inlandes, die Landwirtschaft die Bedürfnisse des Landes befriedigen, wird das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl — Uerproduktion — Gewerbe und Kulturstufe so aufeinander eingespielt sein, daß sie mehr oder weniger unabhängig von der Konkurrenz der Weltwirtschaft ist. Ganz anders aber liegen die Relationen in denjenigen Volkswirtschaften, die in bezug auf ihr eigenes volkswirtschaftliches Gleichgewicht durch ihre dominierende Einstellung auf die Wirtschaftskonkurrenz, alias Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft, überentwickelt und anormal gegliedert sind. Speziell gilt dies für Westeuropa. Alle westeuropäischen Völker haben bis zu Ausbruch des Weltkrieges mehr gearbeitet, als sie in ihrer eigenen Volkswirtschaft unterbringen konnten. Die Folge davon war ein auf der steigenden Durchsetzung der bislang unbefruchteten Weltwirtschaftsgebiete usw. mit ihren Erzeugnissen basierender Entwicklungsausschweifung, der ebenso, wie er auf der neuen Entwicklungsrichtung der Weltwirtschaft aufgebaut war, mit ihr stand und fiel. Vor dem Kriege war dieser Kurs durch den Einfluß der europäischen Wirtschaft ziemlich sicher fixiert. Anders nach dem Kriege, wo die Zusammensetzung der Weltwirtschaft und der Kurs ihrer Entwicklungsrichtung grundlegend verändert worden ist. Damit ist aber eine Tatsache zur Wirklichkeit geworden, deren Gehalt immer bestanden hat: Die Tatsache, daß in dem Augen-

blick, wo sich die Verhältnisse in der Weltwirtschaft dahin ändern, daß die Mehrheit derjenigen Absatzgebiete, die das „Mehr“ der volkswirtschaftlichen Arbeit in sich aufnehmen, aus irgend einem Grund in ausgesprochenen Fortfall kamen — die Mehrarbeit für die Weltwirtschaft überflüssig wurde und der von dem Ausfall betroffene Teil der Ausfuhrindustrien zwangsläufig niedergehen mußte. Das heißt: Je mehr ein Land sich über sein eigenes volkswirtschaftliches Gleichgewicht entwickelt, also seine Gesamtentwicklung auf der Ueberentwicklung seiner Industrien usw. basiert, desto abhängiger wird es von seiner Arbeit für die Weltwirtschaft, desto schwerer betroffen aber auch von dem Ausfall seiner Absatzgebiete in der Weltwirtschaft. Gerade der Rückschlag nach dem Krieg lehrt das. Ist er doch das Produkt der europäischen Ueberentwicklung, die nun, wo ihr die alten Voraussetzungen genommen sind, notgedrungen in volkswirtschaftlicher Arbeitslosigkeit und in der Mitleidenschaft der mit den Ausfuhrindustrien verwandten Industrien-, Handels- und Verkehrsunternehmungen zum Ausdruck kommen muß. Hier liegt eine zweite Ursache des deutschen Wirtschaftsniedergangs, die nicht übersehen werden darf. Eine Ursache, in deren Auswirkung sowohl die gegenwärtige wie die zukünftige Entwicklung steht. Denn der Wechsel in der Weltwirtschaft in Richtung der transoceanischen Wirtschaftsherrschung, der Emanzipation des fernen Ostens, das ist keine vorübergehende Depression, das ist eine neue Ära in der Weltwirtschaftsentwicklung. Ihr wird sich die deutsche Volkswirtschaft anpassen haben. Der Währungsverfall war hier nur der erste Impuls, eine über-eilte, irreführende Reaktion, die wirkliche Auswirkung war das nicht. Sie wird die endgültige Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die neuen Voraussetzungen sein. Das heißt auf jenes Maß, das nach dem Ausfall des Grades der Vorkriegsteilnahme an der Weltwirtschaft dem für absehbare Zeit verbleibenden Restaktium und dem Gleichgewichtszustand der eigenen Volkswirtschaft entspricht. Das ist die dritte Folge der kontinental-europäischen Selbstvernichtung zugunsten der Welt jenseits des Ozeans.

In der Gegenwart bezahlt Frankreich diese Änderung in der Konstellation der Weltwirtschaft mit seinem Niedergang. „Sie transit gloria mundi“

Dr. Rüpper.

(Schluß folgt.)

Rampfe gegen die Fabrikarbeit der verheirateten Frau. In ihr soll das unerträglichste und folgenschwerste Uebel der herrschenden Wirtschaftsverfassung getroffen werden.

Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau beschwört die schlimmsten Gefahren für Körper, Geist und Seele herauf. Sie vermindert die Fähigkeit und gefährdet den Willen zur Fortpflanzung. Sie greift das keimende Leben an und bedroht es mit Verkümmern, wenn nicht Vernichtung. Sie hemmt die Mütterlichkeit in ihrer vollen Entfaltung und betrügt damit Volk und Gesellschaft um die unentbehrlichste Gabe fraulicher Eigenart.

Dieser Jubiläumskongress beschwört daher alle maßgebenden Instanzen in Kirche und Staat, alle Vereinigungen und Verbindungen zur Wahrung und Hebung der Volksfrömmigkeit, alle Persönlichkeiten und Gebilde mit dem Willen zur Pflege der Volkskultur, mit der beteiligten Arbeiterschaft zusammenzuwirken, um diese gefährliche Wunde am Körper des Volkes zu heilen und zu schließen.

Deutsches Volk! Wahre deine Sitte und schütze deine höchsten unerfetzlichen Güter!

Flaggenstreit und christliche Gewerkschaften. Bekanntlich sind die christlichen Gewerkschaften überparteiliche Organisationen, die keiner politischen Partei verbunden oder verpflichtet sind. Der bewußt nationalen Eigenart der christlichen Gewerkschaften ist eine solche Einstellung durchaus nicht abträglich. Im Gegenteil. Liegt doch eine Schwäche des politischen Denkens nur zu weiter Kreise unseres Volkes eben in dem Glauben, es gäbe nur eine richtige nationale Gesinnung, und zwar die parteipolitisch abgestempelte. Aus dieser für das innerpolitische Leben verhängnisvollen Auffassung heraus wird dann auch immer wieder versucht, jene, die nationales Bewußtsein auch dann anerkennen, wenn es sich nicht in parteiischer Prägung oder in anderer parteipolitischer Prägung zeigt, als minder gut nationalgesinnt zu verdächtigen.

Aus zwei Vorgängen der jüngsten Zeit ist z. B. gefolgert worden, die christlichen Gewerkschaften hätten nicht das richtige Verständnis für nationale Würde und nationales Empfinden. Einmal handelt es sich um die Nichtbeteiligung der christlichen Gewerkschaften am Festzuge gelegentlich der Saar-Rundgebung in Köln, und zum zweiten um das Verbot des Verwalters des Hauses des christlichen Metallarbeiterverbandes in Mülheim-Ruhr an die Mieter, Schwarzweißrot zu flaggen. In Köln beteiligten sich die christlichen Gewerkschaften an dem Festzuge nicht, weil es abgelehnt wurde, daß an der Spitze des Zuges nur die verfassungsmäßige Reichsflagge geführt, und den christlichen Gewerkschaften ein Platz hinter dieser — und nicht hinter den parteiischen Fahnen sonstiger Verbände — angewiesen wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften weder Verbandsfarben haben noch (im Westdeutschland wenigstens) es so) über eigene Fahnen verfügen. Unter solchen Umständen lag nichts näher als der Wunsch, den gesetzlichen Reichsflaggen im Zuge zu folgen. Da der Wunsch der christlichen Gewerkschaften Kölns nicht erfüllt wurde, lehnten diese es ab, hinter den verschiedensten Parteifahnen zu marschieren, und überhaupt am Zuge teilzunehmen.

Im Mülheimer Fall hat offensichtlich der Hausverwalter seine Kompetenzen insofern überschritten, als er rechtlich nicht befugt war, den Mietern das Flaggen in den ihnen genehmigen Farben unter Androhung des Hausrechts zu verbieten. Es zeugt indes auch von wenig Verständnis der Mieter für die überparteiliche Stellung der christlichen Gewerkschaften, wenn sie aus einem der gewerkschaftlichen Dienstgebäude ostentativ nicht die gesetzliche, sondern die frühere Reichsflagge hielten. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß sicher mehr wie 90 Prozent der rheinischen Arbeiterschaft heute die Farben Schwarzweißrot ablehnen, nicht weil sie verfassungsmäßig nicht

mehr festgelegt sind, sondern weil in ihrem Zeichen die sozialreaktionärsten Kreise den antisozialen Kampf gegen die Arbeiterschaft führen und die Rückgewinnung überlebter Zustände anstreben. Das Vorgehen des Hausverwalters in Mülheim erklärt sich so einfach aus der Tatsache, die Erregung der Verbandsmitglieder zu beschwichtigen und für die Zukunft ähnliche Vorgänge unmöglich zu machen.

Die christlichen Gewerkschaften haben auch unter dem alten Regime niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie den gesetzlichen Reichsflaggen nicht die erforderliche Achtung entgegenbrächten. Einer Beseitigung oder Veränderung der Verfassungsbestimmungen auf illegalem Wege haben die christlichen Gewerkschaften nie das Wort geredet. Als dann aber der Zusammenbruch kam und das politische Chaos nur überwunden werden konnte durch eine neue Verfassung, die geschaffen wurde nicht durch die Diktatur der Revolutionäre, sondern durch die in freier Wahl erkorenen Vertreter des Gesamtvolkes, konnte es für die staatsgesinnten christlichen Gewerkschaften nichts anderes geben als die Achtung vor dem neuen Gesetz, und damit auch vor den neuen Reichsflaggen. Diese Anerkennung schließt nicht die Achtung vor den Farben aus, unter denen sich eine fast beispiellose politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vollzog. Jedenfalls verbürgt die Haltung der christlichen Gewerkschaften eine bessere Wahrung alter Tradition und wirklicher Staatsgesinnung als die Haltung jener Kreise, die mit der Verachtung entweder der jetzt geltenden verfassungsmäßigen Farben oder der alten Reichsflaggen skrupellos parteiischen und interessentenpolitischen Mißbrauch treiben.

Rundschau.

Die Entwicklung der Genossenschaften. Die Genossenschaftsabteilung des Internationalen Arbeitsamts gibt nachstehend einige Angaben aus dem Bericht des Direktors, die das Genossenschaftswesen betreffen, wieder:

Die Genossenschaftsbewegung umfaßt heute mehr als 50 Länder; in über 50 000 Organisationen sind 35 bis 40 Millionen Mitglieder zusammengeschlossen. Im Laufe der letzten 10 oder 15 Jahre hat die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften in manchen Ländern um das Dreifache zugenommen, so in Deutschland, wo nahezu 4 Millionen Genossenschaftler vorhanden sind, desgleichen in Frankreich und Schweden; in Finnland hat sich die Zahl sogar verdreifacht. In diesem Lande wie in Großbritannien (4 702 868 Mitglieder im Jahre 1924) oder in der Schweiz sind 10 Prozent aller Einwohner Mitglieder der Konsumgenossenschaften. Angesichts der Tatsache, daß die Genossenschaftler in den meisten Fällen Familienoberhäupter sind, darf man annehmen, daß in diesen Ländern mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung den Genossenschaften einen Teil ihrer Kaufkraft zur Verfügung stellt. Ein Siebentel des in Großbritannien verbrauchten Tees und Zuckers wird durch die englischen und schottischen Großeinkaufsgesellschaften verkauft. In Schweden werden 25 Prozent des verbrauchten Trockenbrots „Spisbröd“ durch die schwedischen Konsumgenossenschaften verteilt. Am klarsten wird jedoch die ungeheure Bedeutung der Bewegung durch Angabe des Umsatzes der englischen Konsumgenossenschaften, der sich nahezu auf 200 Millionen Pfund Sterling beläuft; die Großeinkaufsgesellschaft hat einen Umsatz von über 90 Millionen Pfund Sterling. Die englische Großeinkaufsgesellschaft allein, d. h. ohne Hinzurechnung der schottischen Großeinkaufsgesellschaft, ist sowohl das größte Handelsunternehmen wie der bedeutendste Fabrikant und der größte Großgrundbesitzer Englands. Er betreibt in ungefähr 40 der verschiedensten Zweige der gewerblichen Produktion über 100 Betriebe; seine Produktion, die im Laufe der zehn letzten Jahre sich verdoppelt hat, hat einen Wert von nahezu 30 Millionen Pfund Sterling. Insgesamt wurden in der Konsumgenossenschaftsbewegung von Großbritannien im Jahre 1924 207 211 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, deren Jahresgehälter sich insgesamt auf 25 596 587 Pfund Sterling belaufen.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die Pflicht des Arbeitgebers zur Bestellung eines Wahlvorstandes. Das Gewerbegericht Frankfurt a. Main hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auch dann verpflichtet sei, wenn für die letzte Wahlperiode trotz bestelltem Wahlvorstand ein Betriebsrat nicht zustandekam. Der Beschluß des Gewerbegerichts vom 14. April 1926 ging dahin, daß der Arbeitgeber

den Wahlvorstand zu bestellen habe. Dieser Beschluß wurde wie folgt begründet:

Im Frühjahr 1925 ist von dem ausscheidenden Betriebsrat ein aus drei Wahlberechtigten bestehender Wahlvorstand gewählt worden, ferner einer der Gewählten zum Vorsitzenden. Ein Betriebsrat ist jedoch von den Arbeitnehmern nicht gewählt worden. Während die Kläger nunmehr bei Beginn der neuen Wahlperiode ab 1. April 1926 die Einleitung einer Betriebsratswahl zur Errichtung einer neuen Betriebsratsvertretung durch die Arbeitgeberin für erforderlich erachten, im Wege der Bestellung eines Wahlvorstandes nach § 23 Abs. 2 BRS. in analoger Anwendung, hat die Beklagte ihre Verpflichtung und auch ihre Berechtigung zur Benennung eines solchen bestritten, sodann auch die Antragsteller nicht als aktiv legitimiert zur Antragstellung nach § 93 BRS. Artikel II § 1 Ziffer 5 der Verordnung vom 30. Oktober 1923 anerkannt. Die Notwendigkeit der Wahlvorstandsbestellung muß jedoch festgestellt werden. Zwar ist es richtig, daß sie grundsätzlich zu erfolgen hat durch Wahl seitens des ausscheidenden Betriebsrates; § 23 Abs. 1 BRS. Das Gesetz sieht auch ausdrücklich eine Bestellung durch den Arbeitgeber nur in den folgenden vier Fällen vor:

1. Bei seinerzeit erfolgter Einführung des BRS. mangels Wahl durch den Arbeiter- oder Angestelltenausschuß (§ 102 BRS. Abs. 2).
2. Bei Unterlassung der Wahl durch den ausscheidenden Betriebsrat (§ 23 Abs. 2 BRS.).
3. Bei Neuerrichtung eines Betriebes.
4. Bei Vergrößerung bis auf 20 und mehr Angestellter (§ 23 Abs. 3 BRS.).

Dagegen ist für den Fall, daß trotz ordnungsgemäßen Zustandekommens eines Wahlausschusses die Errichtung eines Betriebsrates nicht erfolgt, eine Regelung im Gesetz mit ausdrücklichen Worten nicht getroffen. Es geht jedoch nicht an, hiermit bei den klaren Vorschriften der § 1 BRS. „sind zu errichten“, § 92 BRS.: „ist zu wählen“, § 6 BRS.: „sind zu errichten“, bei klar zutage tretendem Wunsche der Arbeitnehmerschaft nach einer Betriebsvertretung, diese für alle Zeiten oder wenigstens für die Geltungsdauer des Betriebsratsgesetzes, als ausgeschlossen anzusehen. Vielmehr muß dem Sinn und dem Zweck des Gesetzes entsprechen, möglichst Betriebsvertretungen ins Leben zu rufen, diese Lücke des Gesetzes ausgefüllt werden, indem man in analoger Anwendung des § 23 Abs. 2 BRS. in Verbindung mit § 1, § 2, § 6 BRS. den Arbeitgeber für verpflichtet erachtet, zu Beginn der jeweiligen Wahlperiode des Betriebsrates auf den Antrag der Arbeitnehmerschaft einen Wahlvorstand zu bestellen (vgl. in diesem Sinne z. B. auch Gewerbegericht Breslau als Arbeitsgericht X a IV 43/25 vom 20. November 1925. „Es kann die Belegschaft... falls die Ernennung des Wahlvorstandes nicht auch die Ernennung des Betriebsrates zur Folge haben sollte, kurz vor Ablauf der Wahlzeit, also etwa im März jeden Jahres vom Arbeitgeber Ernennung eines Wahlvorstandes verlangen...“ (Blätter für Arbeitsrecht 1925 Nr. 28 R 63) und Gewerbegericht Magdeburg vom 9. Februar 1924... „Um diese Lücke des Gesetzes auszufüllen, was sich als dringender Bedürfnis der Praxis darstellt, ist es jedoch nach herrschender Ansicht geboten, auf diese übrigen Fälle den § 23 Abs. 1 BRS. unter Weglassung der Vierwöchensfrist ausdehnend anzuwenden.“ (So z. B. auch Flator § 23 Anerkennung 2 Satz 2 und eine gutachtliche Äußerung Oberlandesgerichtsrat Dr. Wschaffenburg vom 26. März 1926.)

Hiergegen konnte auch nicht von der Antragsgegnerin eingewandt werden, daß Formvorschriften eng auszulegen seien und Gesetzesauslegung im Wege der Analogie für das Arbeitsgericht als erstinstanzliches Gericht bei Entscheidungen nach dem Betriebsratsgesetz unzulässig sei. Der Sinn des Gesetzes sprach, wie vorerwähnt, hiergegen, zudem ist Analogie nach allgemein herrschender Rechtsansicht lediglich im Strafrecht unanwendbar, mit Rücksicht auf die ganz besondere Vorschrift des § 2 StGB. während für bürgerliches und Verwaltungsrecht in Anlehnung an die Bestimmungen des BGB. § 133, § 157, § 242 allgemein analoge Gesetzesauslegung und -anwendung Platz greift.

Nach allem diesem ist der Antrag der Kläger zulässig. Sie müssen jedoch auch als zur Antragstellung aktiv legitimiert angesehen werden. Es handelt sich um rund über 85 Arbeiter gegenüber einer Belegschaft von rund 120 Arbeitern und etwa 300-350 kaufmännisch Angestellten, also um etwa 1/6 der Arbeitnehmer. Der Antrag wird nach Sachlage dann als zulässig zu erachten sein, wenn er nicht nur aus bloßem Mutwillen von einer ganz geringen Anzahl von Arbeitnehmern gestellt ist, so daß mit größter Wahrscheinlichkeit die Wahlvorstandsbestellung als zwecklos mit Rücksicht auf das wahrscheinliche Nichtzustandekommen einer Betriebsratswahl und nur als „sinnlose Formhandlung“ anzusehen ist. (Vgl. das zitierte Urteil, Arbeitsgericht Breslau.) Dies ist aber vorliegend nicht der Fall. Der Kammer ist ernstliches Interesse eines berechtigten Teiles der Belegschaft an einer neuen Betriebsvertretung dargetan.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschaftler durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,- Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

Wirklich tüchtige
Fertigpolierer
für furnierte Schlafzimmer sofort gesucht.
Sasko Bühler, Spaichingen (Württbg.)

Auffehererregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sibala“ sowie alle anderen Musikinstrumente wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw. vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Bartel, Vera I. Thür.
Robert-Fischer-Straße 4.

Vertreter überall gesucht. Leicht und angenehmer Nebenverdienst.